

RESOLUTION

Bern, den 18. Mai 2009

Delegiertenversammlung des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Moratorium gegen Steuergeschenke für hohe Einkommen – 2 Milliarden Krankenkassen-Prämienverbilligungen für alle

Die Delegierten des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes fordern ein Moratorium bei den Steuergeschenken des Bundes für Reiche und hohe Einkommen. Die Grossverdiener und Abzocker haben die Krise verursacht, sie dürfen jetzt nicht auch noch mit Steuergeschenken belohnt werden. Hilfe brauchen jetzt die normalen Leute, die von Arbeitslosigkeit bedroht sind: Der Bundesrat muss die Krankenkassen-Prämienverbilligungen um 2 Milliarden Franken erhöhen. Und er muss zügig ein wirksames Konjunkturpaket mit einem Investitionsprogramm vorlegen.

Begründung

Die Schweiz wird nächstes Jahr so viele Arbeitslose haben wie noch nie. Aber anstatt dass der Bundesrat zügig Massnahmen gegen die beängstigende Zunahme der Arbeitslosigkeit beschliesst, treibt er neue Steuergeschenke für Reiche voran. Unter dem Deckmantel der Familienbesteuerungsrevision sollen die obersten 10 Prozent zusammen mit dem Ausgleich der kalten Progression bereits 2010 rund 1 Milliarde Franken weniger Steuern bezahlen müssen. Die übrigen 90 Prozent der Schweizer Bevölkerung gehen nicht nur leer aus, sondern sie werden im kommenden Jahr fast 2 Milliarden Franken mehr Krankenkassenprämien bezahlen müssen.

Die höheren Krankenkassenprämien fressen der Bevölkerung massiv Kaufkraft weg. Dazu kommen Sparmassnahmen bei Kantonen und Gemeinden. Der Schweizer Staat wird die Rezession im kommenden Jahr massiv verstärken.

Während es bei den Steuersenkungen für Reiche nicht schnell genug gehen kann, lässt der Bundesrat die von Arbeitslosigkeit bedrohte Bevölkerung hängen. Gegenwärtig weist alles darauf hin, dass der Bundesrat im Juni – wenn überhaupt – nur ein Miniprogramm zur Stabilisierung der Konjunktur vorlegen wird. So sollen nur 200 Millionen Franken zusätzlich für Prämienverbilligungen bei den Krankenkassen zur Verfügung stehen. Wenn der Bundesrat keine weiteren Massnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ergreift, wird er mitschuldig sein, wenn durch staatliche Sparpolitik und höhere Krankenkassenprämien rund 50'000 Arbeitsplätze verloren gehen.

SCHWEIZERISCHER GEWERKSCHAFTSBUND